



Beibehaltung der paritätischen Finanzierung des Zahnersatzes

Der Landesparteitag möge beschließen und an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten:

Die SPD spricht sich für eine Beibehaltung der paritätischen Krankenversicherung beim Zahnersatz aus.

Durch die Praxisgebühr, die einseitig von den Versicherten aufgebracht wird, können Krankenkassenbeiträge gesenkt werden. Diese Beitrags-senkungen sollen dafür benutzt werden (soweit nötig), den Zahnersatz weiter aus den Beiträgen zur Krankenversicherung zu finanzieren. Dabei sind die Arbeitgeber paritätisch zu beteiligen.